Protokoll (Kurzfassung)**Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen der S4 (Ost)****am 06.12.2016, 10.00 – 11.30 Uhr in Raum 103 (Rathaus)**

Zu Gast sind Mitarbeiter/innen der DB Netz AG Hamburg und des Ingenieurbüros LAIRM Consult Bargtheide. Thema sind die Lärmschutzmaßnahmen im Zuge der S4 (Ost). Bereits seit etwa 3 Jahren ist der Stadt bekannt, dass im Zuge der S4 Lärmschutzwände mit einer Höhe von bis zu 6 Metern entlang der Gleisanlage HH-HL errichtet werden sollen. Gesetzliche Grundlage ist die 16. Bundesimmissionsschutzverordnung (16. BImSchV) und in diesem Zusammenhang die „wesentliche Änderung“ aufgrund der Verlegung neuer Gleise. Die Stadt wünscht sich, dass es durch die hohen Wände nicht zu einer optischen Beeinträchtigung der Stadt kommt. Als vorrangige Alternativen schlug die Verwaltung niedrige Lärmschutzwände sowie das Tieferlegen der Gleisanlage vor. Inhalt des heutigen Gesprächs ist die Vorstellung der Ergebnisse des neuen Schallgutachtens:

Als Basis für die Lärmberechnungen wurden die Prognose-Zugzahlen für das Jahr 2025 zugrunde gelegt. Das Maß der erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen wird nach der Anzahl der „Schutzfälle“ definiert, wobei ein Schutzfall eine Wohneinheit bedeutet. Demnach ergaben die Berechnungen, dass auf den Prognosehorizont 2025 bezogen in Ahrensburg ohne Lärmschutzmaßnahmen am Gleis 4200 Schutzfälle vorhanden sein werden.

Nachfolgend ist aufgeführt, welche Höhen die Wände in welchen Bereichen des Stadtgebietes haben werden:

1. In Höhe des Brauner Hirsch ist eine Lärmschutzwand mit 3 Meter Höhe vorgesehen (nur Ostseite).
2. Im Bereich des B-Planes Nr. 71 (Am Scharberg) ist entlang der Hamburger Straße auf der Westseite der Gleise eine 6 Meter hohe Lärmschutzwand bis zum S-Bahnhof vorgesehen.
3. Auf der Ostseite der Gleise ist in Höhe des Gewerbegebietes West/Bogenstraße eine 3 bzw. teilw. 4 Meter hohe Wand vorgesehen.
4. Im Innenstadtgebiet ist mit Ausnahme der geplanten Sichtachsen bei Hagener (Breite 50 Meter) und Manhagener Allee (Breite 25 Meter) ebenfalls beidseitig eine 6 Meter hohe Lärmschutzwand vorgesehen. Zum Erhalt der Sichtachsen beidseitig der Gleise an Hagener und Manhagener Allee könnten dort transparente Lärmschutzwände mit 6 Meter Höhe ausgeführt werden.

5. Im Bereich Fannyhöh/Kastanienalle sind ebenfalls beidseitig 6 Meter hohe Lärmschutzwände geplant (möglicherweise ist im Bereich Tunneltal eine niedrigere Wand ausreichend).
6. Auf der Ostseite im Bereich des Gewerbegebietes Nord ist eine 3 Meter hohe Lärmschutzwand vorgesehen.
7. Im Bereich des Wohngebietes Gartenholz ist eine 6 Meter hohe Lärmschutzwand vorgesehen (weiter außerhalb Ahrensburgs bis Delingsdorf mit 3 Meter Höhe).

Nach Realisierung der Lärmschutzmaßnahmen wäre die Anzahl der Schutzfälle auf Ahrensburger Stadtgebiet von 4.200 auf 550 gesunken. Bei den verbleibenden 550 Schutzfällen wären insbesondere passive Maßnahmen anzuwenden.

Die Möglichkeit, im Innenstadtbereich niedrige Lärmschutzwände von etwa 0,75 m direkt an den Gleisen zu installieren wird von als ungeeignet bewertet. Der Hauptgrund liegt darin, dass niedrige Lärmschutzwände nicht den erforderlichen schallmindernden Effekt aufweisen wie hohe Lärmschutzwände. Auch könnten im Innenbereich an parallel verlaufenden Gleisen niedrige Lärmschutzwände aus Platzgründen nur sehr schwerlich errichtet werden.

Die Verwaltung bewertet die Ergebnisse des Schallgutachtens in optischer Hinsicht als eine „Katastrophe“ für die Stadt Ahrensburg. Dabei seien mehrere Schutzgüter betroffen: nämlich u.a. das Ortsbild, das Landschaftsbild und der Denkmalschutz. Das Ausmaß ist so gravierend, dass das Tieferlegen der Gleise ernsthaft wieder in Erwägung gezogen werden sollte, denn die Bahnanlage wird die Stadt langfristig prägen. Aufgrund der gravierenden Auswirkungen der Lärmschutzwände müsse die Stadt unter Umständen bereit sein, eigene Mittel für Alternativen zur Verfügung zu stellen. Es wird dafür plädiert, eine Machbarkeitsstudie für das Tieferlegen der Gleisanlage im Stadtgebiet bei einem kompetenten Ingenieurbüro in Auftrag zu geben und diese ggf. auch unter Einsatz städtischer Mittel zu finanzieren.

Die DB Netz merkt an, dass sie die Befürchtungen der Stadt nachvollziehen könne; es jedoch Aufgabe der DB sei, die gesetzlichen Grundlagen einzuhalten.

Für den Sommer 2017 sei geplant, die Planfeststellungsunterlagen für den Bereich Ahrensburg dem Eisenbahnbundesamt vorzulegen.